

Kolumbien-Monatsbericht

November 2006

No. 11/2006

Wenn Unrecht zur Regel wird... Eindrücke und Bericht aus einem zerrissenen Land

Von Bruno Rütsche

Auf meiner Kolumbienreise im Oktober bin ich diesen Phänomen – Unrecht als Regel - auf Schritt und Tritt begegnet. Aber auch das andere Kolumbien habe ich erlebt: Die ungebrochene Kreativität, Spontaneität, die Herzlichkeit und den unbändigen Überlebenswillen von Indigenen, Schwarzen, Bauern, Frauen, Vertriebenen. In gemeinschaftlichen Prozessen setzen sie sich gegen alle Widerstände für ein anderes, ein lebbares Kolumbien ein. Sie sind die Hoffnung in diesem Land, auch wenn sie systematisch totgeschwiegen, verleumdet, verfolgt und gewaltsam zum Schweigen gebracht werden.

Besuch in Cali beim Kulturzentrum *El Chontaduro* in Aguablanca

Ich reise mit dem Koordinator des schweizerischen Friedensförderungsprogramms Suippcol, Peter Stirnimann. Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien *ask* hat dieses Programm wesentlich mitgestaltet und ist auch in der Trägerschaft vertreten. Das Programm stärkt die zivilgesellschaftlichen Friedensinitiativen und will Frieden von unten aufbauen.

Wir sind zu den Feierlichkeiten *20 Jahre Kulturzentrum El Chontaduro* eingeladen. Das Zentrum ist heute ein wichtiger kultureller Referenzpunkt im enormen Elendsgürtel mit dem euphemistischen Namen *Aguablanca* – weisses Wasser. Es bietet Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an. Es gibt Theater-, Tanz-, Musikgruppen, eine Bibliothek und jährlich findet eine Kulturwoche statt. Das Zentrum ist Zeichen einer unablässigen, hartnäckigen, alltäglichen Kleinarbeit in schier unmöglichen Verhältnissen von Armut und Elend, von verbreiteter Grossstadtanonymität, Unsicherheit und Gewalt. Die Abschlussveranstaltung mit Tanz- und Musikgruppen auf dem nahegelegenen Sportplatz wurde zu einem eindrücklichen und friedlichen Volksfest für Hunderte von Zuschauerinnen und Zuschauer. Eine Oase der Friedfertigkeit, der Mitmenschlichkeit, der Begegnung und der Hoffnung inmitten einer Stadt, die immer mehr in Chaos und Abfall versinkt.

„Reisen Sie unbesorgt, die Armee kontrolliert die Strassen!“

Spruchbänder mit dieser Aufschrift begegnen uns immer wieder auf unserer Fahrt von Cali nach Buenaventura an der Pazifikküste. Und die Präsenz der Armee ist denn auch unübersehbar: Auf dem letzten Teilstück vor Buenaventura stehen schwerbewaffnete Soldaten in den Türen oder vor den armseligen Hütten. Sie haben sich – in Verletzung des Humanitären Völkerrechtes – einfach bei den Leuten entlang der Strasse einquartiert. Damit werden diese Fa-

milien dem Risiko eines Guerillaangriffs ausgesetzt. Ihr Recht, nicht in den Konflikt involviert zu werden, ist für Präsident Uribe Makulatur. Für ihn gibt es in Kolumbien keinen bewaffneten Konflikt, nur Kampf gegen den Terrorismus. - Recht wird verdreht und Unrecht zur Norm.

In Buenaventura führen wir Gespräche mit verschiedenen Basisorganisationen. Vor allem die Frauen berichten von konkreten Menschenrechtsverletzungen, von Morden, Verschwindenlassen, willkürlichen Verhaftungen und Haussuchungen, der Kontrolle durch die vermeintlich demobilisierten Paramilitärs, ihrer Eintreibung von „Steuern“ und ihrer Infiltration bei Polizei und Armee, wie auch der Präsenz von Milizionären der Guerilla. All dies schafft ein Klima von generalisierter Unsicherheit und Angst. Dies inmitten einer fast vollständigen Militarisierung dieser wichtigsten Hafenstadt, durch den ein Grossteil der Exporte – auch von Kokain – und Importe – auch Waffen – fließen. Einmal mehr bestätigt sich die Binsenwahrheit, dass nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der Verbrechen überhaupt angeklagt und bekannt wird: Wir hören Zeugenaussagen über entlegene Buchten, wo Leichen von Ermordeten ins Meer geworfen werden; über direkte Einschüchterung von ZeugInnen, die Aussage erstatten wollten; über Massaker, die nie an die Öffentlichkeit gelangten. Die Angst ist allgegenwärtig: „Wir haben Angst, das Haus zu verlassen, zu sprechen, uns zu bewegen, uns zu organisieren, Anklage zu erstatten. Ja nicht einmal mehr grüssen kann man mehr, denn sofort heisst es, du seiest Kollaborateur der einen oder der anderen.“ Schätzungsweise 4000 Menschen sind seit 1998 in Buenaventura völlig straffrei ermordet worden. Und über die Zahl der Verschwundenen wagt niemand Angaben zu machen. Sie ist hoch, sehr hoch. Jedes Wochenende werden rund 10 Morde verübt. Die Gewalt kennt keine Grenzen: Bei einem Beerdigungszug wurde auf die Trauernden das Feuer eröffnet. Fünf Personen starben, weitere wurden verletzt. In der Kosmovision der Schwarzen ist dies ein Sakrileg. Die Totenwache und die Solidarität mit der Trauerfamilie ist heilig. Der Schock über diesen Übergriff sitzt tief.

Die Pazifikküste im Würgegriff fremder Interessen

Wir reisen gute fünf Stunden im Boot südwärts der Küste entlang und dann den Naya-Fluss hoch. Doch was wir hier sehen und zu hören bekommen, gilt für die ganze Pazifikküste. Der Druck auf die Bevölkerung und die Region ist enorm: Megaprojekte (hier soll u.a. eine Aquapista von Tumaco nach Buenaventura quer durch die Mangrovenwälder gebaut werden); Präsenz von Armee, Paramilitärs und Guerilla; Verminung von Gebieten; illegaler Holzraubbau; Projekte zum Abbau von Bodenschätzen und zum Anbau von Ölpalmen. Kommt der Kokaanbau dazu, dann beginnt endgültig der Teufelskreis von Holzschlag, Vergiftung von Böden und Flüssen durch die Chemikalien zur Herstellung von Kokapasta, Kriminalität, Alkohol, Prostitution, Gewalt, Einzug mafiöser Strukturen, Präsenz bewaffneter Akteure, Spaltung der Gemeinschaften, Erpressbarkeit, Pestizidbesprühungen und Enteignung des Landes. Vieles davon ist am Naya spürbar: Im Oberlauf wird breit Koka angebaut, kontrolliert wird das Gebiet von der FARC. Auch die ELN-Guerilla ist präsent. Zwischen den beiden Guerillaverbänden kommt es immer wieder zu Gefechten.

In der Karwoche des Jahres 2001 war es am Naya zu einem Massaker gekommen, bei dem nach Aussagen von Bewohnern mindestens 120 Zivilpersonen und eine unbekannte Anzahl von Paramilitärs und Guerilleros starben. Die Armee eilte den in Bedrängnis geratenen Paramilitärs mit Schnellbooten zu Hilfe und evakuierte sie – nach einem Scheingefecht – nach Buenaventura.

Ähnlich sieht es im Fluss Tumutumbudó im Gebiet des Oberlaufs des Atrato-Flusses im Dep. Chocó aus. Wir fahren eine gute Stunde im Jeep, dann etwa zwei Stunden in einem Boot flussaufwärts, begleitet von einer Frau des Consejo Comunitario und einer Schwester der So-

zialpastoral der Diözese Quibdó. Die rund 30'000 BewohnerInnen von 56 Gemeinschaften am Oberlauf des Atrato und dessen Nebenflüssen haben sich in der COCOMOPOCA zusammengeschlossen und fordern seit 1998 vergeblich ihren kollektiven Landtitel ein. Die Leute von Porto Moreno, einer Ansammlung einiger enger und armseliger Häuser, haben ihre Vermutungen, weshalb ihnen kein Landtitel zuerkannt wird: „Dieses Gebiet ist reich an Mineralien und Erdöl. Präsident Uribe selber hat gesagt: ‚Auch wenn jedem Forscher nach Bodenschätzen ein Leibwächter zugeteilt werden muss, die Suche und Ausbeutung der Bodenschätze geht weiter!‘ Wir sind nur Störfaktor in diesen Plänen. Darum will man uns weg haben!“ Viele Gemeinschaften leiden unter Hunger. Sie können ihre Pflanzgebiete nicht mehr bestellen, da sie vermint wurden. Ab 18.00 Uhr herrscht „Ausgangssperre“. Die Armee kontrolliert Boote und limitiert den Transport von Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff. Es gibt Gemeinschaften, die regelrecht eingekesselt sind durch die bewaffneten Akteure.

Die Wehrlosigkeit, das Ausgeliefertsein vieler Gemeinschaften der Pazifikküste gegenüber gewalttätigen Akteuren, welche die Rechte der ursprünglichen Bevölkerung mit Füßen treten, schmerzt. Es ist ein ungleiches Kräftemessen, das da stattfindet. Die Gemeinschaften, die Jahrhunderte in Vergessenheit und sich selbst überlassen in diesem schwierigen Umfeld überleben gelernt haben, sehen sich plötzlich Gewalten und Interessen gegenüber, die für sie neu sind. Sie leben oft isoliert, ohne Kommunikationsmittel, ohne Zugang zur Gesundheitsversorgung, Schulen und Medien. Werden sie ihre eigenen, angepassten Entwicklungspläne, die sie *Lebenspläne* nennen, verwirklichen und ihren Lebensraum vor dem tödlichen Zugriff dieser Mächte schützen können?

Der Computer des Parachefs Rodrigo Tovar Pupo, alias Jorge 40

Am 8. Oktober veröffentlichte die Zeitung El Tiempo einen ausführlichen Artikel über die Auswertungsergebnisse eines im März 2006 konfiszierten Computers. Dieser war einem Jorge 40 untergebenen Kommandanten abgenommen worden. Der PC enthielt u.a. eine detaillierte Liste über 558 vom „Frente José Pablo Díaz“ ausgeführte Morde allein im Departement Atlantico. Alle diese Morde waren zwischen 2003 und 2005 verübt worden, also nach der Vereinbarung des vermeintlichen Waffenstillstandes im Dezember 2002. Weitere vielsagende Ergebnisse der Datenauswertung des PC's:

- Vom Frente José Pablo war bisher noch nie gehört worden, er gehört auch nicht zu den „demobilisierten“ Einheiten der AUC.
- Unabhängige Menschenrechtsgruppen hatten nur einen kleinen Bruchteil der Morde der AUC im Dep. Atlantico registriert. So u.a. die Ermordung des Universitätsprofessors Alfredo Correa de Andreis, welcher willkürlich verhaftet und kurz nach seiner Freilassung am 17. September 2004 ermordet worden war.
- Die Paramilitärs verlangten von öffentlichen Institutionen – Spitäler, Bürgermeisterämter, Gesundheitszentren, Schlachthöfe – 10% Abgaben. Insbesondere die Spitäler wurden zur wichtigen Einnahmequelle der paramilitärischen Mordmaschinerie.
- Es werden Drogenexportrouten nach Europa aufgezeigt und hohe Beamte staatlicher Sicherheitsdienste erwähnt, die mit den AUC bei den Drogentransporten zusammen arbeiten. Da taucht ein altbekannter Name wieder auf: Carlos Arturo Marulanda, ehemaliger Botschafter Kolumbiens bei der Europäischen Union und bekannt wegen seiner Verwicklung in die gewaltsame Vertreibung von Bauern der Hacienda Bellacruz.
- Die völlige Parodierung der angeblichen Demobilisierung: Jorge 40 ordnet in einem mail an, gewöhnliche Leute für die Demobilisierung zu rekrutieren und diesen *das Marschieren, die Hymne der AUC und die Antworten auf die Fragen der Staatsanwaltschaft* einzutrimmen. Von den am 8. März 2006 in Valledupar demobilisierten 2'500 Paramilitärs von Jorge 40 waren über die Hälfte solche in aller Eile rekrutierte „Paramilitärs“.

- Die enge Verbindung der Paramilitärs zu namentlich genannten regionalen Politikern und Kongressabgeordneten.

Die Nachricht zeigte mit aller Deutlichkeit auf, dass die Paramilitärs auch nach dem Waffenstillstand weiter morden, politische, soziale und wirtschaftliche Kontrolle ausüben, den Drogenhandel kontrollieren, von staatlichen Institutionen Abgaben einfordern und die Demobilisierung eine völlige Farce ist.

Hier müsste ein Aufschrei durch das Land gehen. Doch nichts dergleichen geschah. Die Nachricht wird als eine mehr zur Kenntnis genommen – niemand glaubt wirklich an diesen Demobilisierungsprozess. Wo immer wir die Frage nach der Demobilisierung stellen, die Antwort ist immer die gleiche: Ein müdes Lächeln und die Gegenfrage: „Welche Demobilisierung?“ Die Enthüllung der Auswertung des PC's ist eine Bestätigung mehr, was längst bekannt ist. Und alle sind sich bewusst: Das ist bloss die Spitze des Eisberges. Der PC enthielt nur die Daten des vergleichsweise kleinen Departements Atlantico, nicht aber der ebenfalls von Jorge 40 dominierten Departements César, Magdalena, Sucre und Guajira. - Die Abnormalität als Normalität.

Zehn Tage später fand auf Verlangen der linken Sammelpartei Polo eine Kongressdebatte über den Friedensprozess mit den AUC und die Verwicklung von Politikern mit dem Paramilitarismus statt. Die Debatte wurde live auf dem TV - *Canal institucional* übertragen. Zufälligerweise fiel genau zu dieser Zeit die TV-Übertragung in den Departements Sucre und Córdoba, Hochburgen des Paramilitarismus, aus.

Droht dem Polo das gleiche Schicksal wie der UP?

Am 4. Oktober 06 wird der Student Andrés Julian Hurtado vor seiner Wohnung in Cali mit Schüssen in den Kopf getötet. Die Mörder fliehen in einem bereitstehenden Taxi. Andrés hatte sich im Polo engagiert. Er hatte sich für die Aufklärung der Übergriffe der Polizei gegen Studenten der Uni-Valle eingesetzt und war im Jahr 2004 einer der Mitorganisatoren des indigenen Marsches nach Cali gewesen. Droht dem Polo das gleiche Schicksal wie der Union Patriótica UP, die über 4000 Mitglieder durch Mord verloren hat? Wir stellten die Frage VertreterInnen des Polo. Die Antwort war meist ein erstaunter Blick, ein längeres Schweigen. Und dann werden Argumente gesucht, heute sei die Situation anders, dies könne nicht mehr geschehen. Doch die vorgebrachten Argumente überzeugen nicht. Zumal die Realität eine andere Sprache spricht, denn Andrés ist nicht das einzige Opfer des Polos.

Wer garantiert dem Polo Sicherheit? Wer verzeichnet die Übergriffe gegen die freie politische Aktivität in dieser „ältesten Demokratie Lateinamerikas“? Wer verfolgt kritisch die Vorgänge rund um die Wahlen? So hörten wir u.a., dass mindestens 1 Mio. Stimmen für Uribe unrechtmässig zustande kamen. Wo hat man dies in Europa gehört, wo die Legitimität Uribes mit 62% Stimmenanteil unbestritten ist?

Eine Autobombe lässt Hoffnungen platzen...

Es ist Donnerstagmorgen, der 19. Oktober. Wir sind am Treffen mit den Partnerprozessen des schweizerischen Friedensförderungsprogramms Suippcol in einem Tagungszentrum im Norden Bogotas mit wunderbarem Blick auf das riesige Häusermeer. Um 8.45 Uhr hören wir eine Explosion, halten einen Moment inne und führen unsere Arbeit weiter. Thema: „Was verstehen wir unter Frieden? Welchen Friedensansatz vertreten wir? Was sind unsere Friedensvorschläge?“ Am Mittag erfahren wir, dass eine Autobombe auf dem Gelände der Militärakademie explodierte. 23 Menschen wurden verletzt, einige davon schwer. Am nächsten Morgen wird klar, dass diese Bombe alle Hoffnungen auf einen humanitären Austausch von Entführ-

ten in der Hand der FARC gegen inhaftierte Guerilleros und einen möglichen Friedensprozess mit der FARC in Schutt und Asche begraben hat. Ein wutentbrannter Präsident – unter einem improvisierten Zeltdach am Tatort selber – verkündet den „Krieg gegen die Terroristen bis zum Sieg!“ Die live in Radio und TV übertragene Rede lässt mich erschauern. Hier spricht ein Präsident, der bereit ist, sein Land und seine Bevölkerung in den Abgrund zu führen, der jegliche Sensibilität verloren hat. Er kündigt die militärische Befreiung der Entführten an, entzieht den befreundeten Ländern und allen Beauftragten die Autorisierung zu Gesprächen und Kontakten mit der FARC (darunter auch der aktiv vermittelnden Schweiz) und fordert demgegenüber die internationale Gemeinschaft auf, Kolumbien militärisch zu unterstützen. Die FARC-Kommandanten beschuldigt er, sich in Ecuador und Venezuela versteckt zu halten. Damit steht dem Land Krieg, Krieg und nochmals Krieg bevor.

Fragen über die tatsächliche Urheberschaft des Attentats sind angebracht. Welches Interesse kann die FARC an diesem Anschlag haben? Kann ein vermeintlich abgehörtes Telefongespräch zwischen einem FARC-Milizionär und dem Kommandanten *Mono Jojoy* als einziger Beweis ausreichen? Wie kommt es, dass in einem derart abgesicherten Sperrbezirk der Armee eine Autobombe platziert werden und der Fahrer unbemerkt verschwinden kann? Hat der flüchtige Parachef Vicente Castaño oder Drogenhändler ihre Hand im Spiel, die ihre Auslieferung an die USA befürchten? Handelt es sich wieder um einen von der Armee selbst initiierten Anschlag? Vor den Präsidentschaftswahlen hatte die Armee selber Attentate von gefangenen Guerilleros ausführen lassen, um so *positive Ergebnisse* in der Terrorbekämpfung vorweisen zu können. Alles ist möglich – und Lügen sind das Normale.

Ein Land in der Amnesie – Desinformation als Normalität

Auf meinen Reisen gehören die Nachrichten in Fernsehen und Radio wenn immer möglich zum Pflichtprogramm. Doch der Mix, der da als Nachrichten präsentiert wird, ist schlicht unerträglich, unverdaulich. Meldungen aus Politik, Sport, Showbusiness, Internationales, Nationales, Wirtschaft, Werbung – alles reiht sich völlig kontextlos aneinander. Dieser Brei deckt einem zu, lässt einem verwirrt zurück. Bei der Presse gibt es einzelne löbliche Ausnahmen, insbesondere in den Wochenzeitschriften wie *Semana*. Doch es wird klar, ohne direkten Kontakt zu Leuten in den betroffenen Regionen kann man sich kein Bild der Realität machen. Zumal grosse Teile des Landes gar nicht zu existieren scheinen, es sei denn, es gäbe ein Katastrophenmeldung oder Nachrichten über Erfolge der Armee im Kampf gegen die „Terroristen“.

Der TV-Canal Institucional überträgt live die Parlamentsdebatten und auch die *Gemeinschaftsräte* des Präsidenten. Ich verfolge über gut zwei Stunden den in Puerto Asis im Dep. Putumayo am 7. Oktober abgehaltenen Gemeinschaftsrat. Eindrücklich, wie da Präsident Uribe wie ein Übervater, anordnet, Befehle erteilt, mit Zahlen um sich wirft, hemdsärmelig, präsent. Die Manipulation wird spätestens dann klar, als ein Bauer aufsteht und die Pestizidbesprühungen der Kokafelder hinterfragen will. Schon nach einem halben Satz unterbricht ihn Uribe schroff und erklärt mit abgewandtem, zornigem Blick: „Die Ausrottung der Koka ist nicht verhandelbar!“ Sofort erteilt er einem anderen Sprecher das Wort, das Thema wird gewechselt und nicht mehr angeschnitten. Die Bevölkerung des Putumayo muss weiterhin im giftigen Sprühregen der international pilotierten Drogenbekämpfungsflugzeuge ausharren – auch wenn alle wissen, dass die Kokaanbaufläche trotz aller Besprühungen landesweit wieder zugenommen hat.

Aufschlussreich auch eine andere Intervention. Ein Vertreter beklagt sich, dass ein durch den Plan Colombia finanziertes Unternehmen nicht im Dienste der Gemeinschaft, sondern von Korrupten und Bewaffneten stehe. Wortwörtliche Antwort des Präsidenten: „Uns interessiert

nicht, wer das Unternehmen leitet. Uns interessiert nur, ob es effizient ist!“ - Das Unrecht als Recht.

Und trotz allem – Hoffnung lebt, und wie überall kommt sie von unten!

Inmitten dieser Situation, wo Unrecht die Regel ist, begegne ich Menschen, die sich engagieren, die ihre Würde einfordern, sich nicht unterkriegen lassen, die ihren Verstand brauchen, sich Fragen stellen. Menschen, deren Sensibilität, Herzlichkeit, Wärme, Beharrungsvermögen und Lebensfreude mich immer wieder tief berühren, erstaunen. Es ist diese unerklärliche Kraft, die einem beflügelt, die so wichtig ist, wenn man wieder weit weg in der sicheren Schweiz vor seinem PC sitzt, Protestschreiben aufsetzt, Berichte liest, Telefone führt, lobbyiert und mit seinen bescheidenen Kräften ein klein etwas zu bewegen versucht.

Zwei Beispiele von Begegnungen sollen hier stellvertretend für viele stehen.

Sitzung mit dem Nationalen Friedensrat der Indígenas Kolumbiens CONIP. Wir werten den Besuch der Internationalen Überprüfungscommission aus, welche Ende September in fünf Regionen Kolumbiens die Lage der Indígenas untersuchte. Ausgangspunkt war der vor zwei Jahren erstellte Bericht des UNO-Sonderberichterstatter für Indigene Völker, Stavenhagen. An der Kommission nahm im Auftrag der NZZ der Journalist Oswald Iten teil. Er besuchte die Regionen Arauca und Guaviare. (Siehe auch seine Berichte in der NZZ vom 16. und 21. Oktober 06)

An der Auswertungssitzung fällt auf, wie ruhig, sachlich und engagiert die einzelnen Vertreter und Vertreterinnen berichten. Sie hören einander aufmerksam zu, gehen aufeinander ein, ergänzen sich gegenseitig. Man spürt, wie ihnen diese internationale Präsenz Mut und Hoffnung gemacht hat. Und der Mut wurde zur Tat: Im Cauca räumten die Indígenas die Sandsäcke einfach weg, hinter denen sich die Polizei in den Dörfern Toribío und Jambaló verschanzte. „Die Polizei missbraucht uns als menschliches Schutzschild“, erklärten die Indígenas. Das Verfassungsgericht hatte vergeblich die Räumung verlangt.

Der CONIP ist sich aber bewusst, dass es jetzt an ihm liegt, mit den Kommissionsteilnehmenden in Kontakt zu bleiben und die anstehenden Aufgaben anzugehen.

In all den Gesprächen mit den Indígenas erstaunt immer wieder ihr geschichtliches Bewusstsein und ihre Weitsicht. Und noch etwas fiel mir auf – so auch an dieser Sitzung, wo von viel Leid die Rede war – die Indígenas haben Humor. Wir haben auch viel gelacht, auch über uns selber. Und das tut gut!

Das zweite Beispiel betrifft ein Gespräch mit einem Vertreter der Bauernvereinigung des Carare-Flusses ATCC im Magdalena Medio. Ich wusste, dass anfangs der 90er Jahre die Journalistin Silvia Duzán und drei Führungsleute der ATCC von Paramilitärs ermordet worden waren. Die ATCC war kurz zuvor mit dem Alternativen Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Nach diesen Morden hörte ich nichts mehr von der ATCC. An einem Treffen mit Suippcol Partnern nahm auch ein Vertreter der ATCC teil. Ich war gespannt zu hören, was aus diesem Prozess nach den Morden geworden war. Und je länger ich mit Donaldo, dem Vertreter von ATCC sprach, umso mehr kam ich aus dem Staunen und der Bewunderung nicht mehr heraus. Die ATCC hat sich kontinuierlich weiter entwickelt, sich ein fundiertes Wissen und eine Praxis in Konfliktmediation angeeignet und es verstanden, inmitten des hart geführten Krieges im Magdalena Medio ihre Unabhängigkeit und Autonomie zu wahren. Dies war nur möglich, weil gemeinsam klare und transparente Handlungskriterien erarbeitet und gelebt wurden. Aber nicht nur was Donaldo erzählte, berührte mich, sondern auch wie er es erzählte: Ruhig, bestimmt, bescheiden.

Donaldos Worte spiegeln die Kraft, die aus der Erfahrung, der gemeinsamen Reflexion, aus den Prozessen an der Basis kommt. Auf ihnen beruht die alleinige Hoffnung auf ein lebbares

Kolumbien für alle, wo die Rechte der einfachen Leute nicht mehr mit Füßen getreten werden und das Land nicht als verkäufliche Ware betrachtet wird. - Wo Unrecht nicht mehr Recht ist.